

## Geldspielgesetz kommt vors Volk

**Claudia Blumer**

Das Referendum gegen  
Casino-Netzsperrern kommt  
wohl zustande.

Rund 65 000 Unterschriften seien gesammelt worden, sagen Thomas Juch, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen, und Benjamin Fischer, Präsident der Jungen SVP. Die Jungparteien von FDP, SVP und Grünliberalen hatten sich in einem Komitee zusammengeschlossen, um das vom Parlament im Herbst verabschiedete Geldspielgesetz zu bekämpfen. Es regelt Online-Geldspiele in der Schweiz, will ausländische Anbieter aber von diesem Markt ausschliessen und ihre Internetsites sperren. Dagegen wehren sich die Gegner.

Noch Ende Dezember hatte es danach ausgesehen, als würde das Referendum scheitern. Das hat sich geändert: «Allein über die Festtage haben wir fast 30 000 Unterschriften gesammelt», sagt Thomas Juch. 50 000 sind insgesamt erforderlich, die dreimonatige Sammelfrist läuft am 18. Januar ab.

**Bezahlte Sammler im Einsatz**

Am 4. Januar, als es regnete und stürmte, standen in St. Gallen, Zürich, Bern und Basel die Jungpolitiker auf der Strasse und sammelten Unterschriften. Sie wurden dabei unterstützt von bezahlten Sammlern, wie die «Ostschweiz am Sonntag» berichtet hat. Das Geld dafür stammt unter anderem von ausländischen Akteuren, die ein Interesse am Ausgang der Abstimmung haben, zum Beispiel vom internationalen Online-spiele-Anbieter Pokerstars. Fischer sagt: «Dass wir Hilfe von ausländischen Geldgebern annehmen, kann man kritisieren. Tatsache ist: Wir hätten es allein nicht geschafft.» Die Jungparteien befänden sich in einer schwierigen Situation: «Einerseits halten wir die Bekämpfung dieser Vorlage für sehr wichtig, weil mit der erstmaligen Sperre legaler Inhalte ein Präzedenzfall geschaffen würde. Andererseits ist das Geldspielgesetz zu wenig populär. Ginge es etwa um Zalando, wäre das ganz anders.»

Man nehme die Hilfe aus dem Ausland an, weil die Geldgeber legitime Interessen verfolgten, sagt Fischer. Die Jungen Grünen sehen das anders und haben deshalb ein eigenes Komitee gegen das Geldspielgesetz gegründet, das laut Fischer rund 100 Unterschriften beigesteuert hat. Ebenfalls gibt es ein parlamentarische Komitee.